

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

(mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr. Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Illustrirtes Sonntagsblatt, Mode und Heim, Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung
1 Mark 20 Pf. durch den Heroldsbote
1 Mark 50 Pf. durch die Post.

Nr. 93.

Dienstag den 22. April.

1902.

Auf die Zerkleinerung der Agitation des Bundes der Landwirthe

Wißt das Verhalten der agrarischen Wortführer bei den Verhandlungen der Zolltarifkommission über die Fischzölle ein so charakteristisches Licht, daß es sich verlohnt, das agrarische Doppelspiel nach einer dem „Greifsw. Tagebl.“ von wohlinformierter Seite zugehenden Schilderung noch etwas schärfer unter die Lupe zu nehmen. Seiner Zeit bereite der Director des Bundes, Herr Dr. Diederich Hahn, die Kreise der deutschen Nordsee, theilweise auch der Ostsee, und suchte überall Propaganda für den Bund dadurch zu machen, daß er mit der ganzen Macht seiner Verbindlichkeit, mit dem Bräutigam der Ueberzeugung, mit dem tiefsten Mitleid für die arme Fischerbevölkerung, einen hohen Zoll auf sämtliche Seefische verlangte. Und wie er, so haben auch andere Bundesgrößen, Konservative und Antikonservative in den Fischerdörfern gehan, und wohl mancher Fischer hat auch geglaubt, diesen Herren seine Stimme geben zu müssen, da er mit dem Fischzoll besser stände, selbst dann, wenn das Brot und die sonstigen sämtlichen Lebensbedürfnisse durch höhere Zölle vertheuert würden. Da ist es nun von nicht geringem Interesse, daß der Bund der Landwirthe in seiner Eingabe zum Zolltarif ausdrücklich Zollfreiheit für sämtliche Seefische beantragt, daß weder die Vertreter des Bundes, noch der Konservative in der Kommission auch nur ein Wort für einen Zoll auf Seefische einlegten, sondern übereinstimmend betonten, dem Volke dürfe dieses Nahrungsmittel nicht vertheuert werden. Wo es sich um Süßwasserfische, namentlich um die von den Großgrundbesitzern gezogenen Karpfen handelt, da ist man gern bereit, dem Volke dieses Nahrungsmittel gründlich weiter zu vertheuern — da ist nur die Rücksicht auf den höheren Profit des Karpfenzüchters ausschlaggebend. Der Abg. Götze im ferngezeichnete in der Sitzung der Zolltarifkommission dieses Verfahrens der Bundesführer damit, daß es ihnen bei ihrer früheren Agitation für einen Schutz Zoll auf Seefische weniger auf den Fischfang als auf den Stimmenfang angekommen sei, und trat zur Förderung der deutschen Seefischerei energisch für weitere Ausdehnung der Ausfuhrprämien für die Seefischerei ein. Leider werden diese Prämien bisher ausschließlich der Hochseefischerei gewährt, während es sehr wohl möglich wäre, damit auch die namentlich an der Ostsee thätigen Strandfischer in ihrem Betriebe zu fördern. Bei den nächsten Reichstagsdebatten werden aber die Seefischer wissen, was sie von den bündlerischen Versicherungen zu halten haben.

Die Unruhen in Belgien.

In Belgien hat am Freitag die Kammer den Antrag auf Revision der Verfassung mit 84 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Auf Grund der Neuwahlen vom Mai 1900 besteht die Kammer aus 86 Clerikalen, 32 Sozialisten und 34 Liberalen. Die Freunde der Verfassungsrevision sind also auf der einen Seite ebenso geschlossen auf dem rechten Gewissen, wie auf der anderen Seite die Clerikalen Gegner. Der Ablehnung der Verfassungsrevision hat die Regierung den Schluß der Session nicht folgen lassen. Die Kammer ist auf einige Tage bis zum Dienstag vertagt worden. In der „Köln. Zig.“ wird das Ergebnis dieser Abstimmung in einem beifälligen Telegramm dahin charakterisiert: Der allgemeine Eindruck ist der, daß die Sozialisten mit ihrer Erpressungspolitik diesmal vollständig gescheitert sind, im Gegensatz zu dem Ergebnis des 18. April 1893. Die Sozialisten haben zu früh losgeschlagen. Der Ausnahmestille erst nach der Ablehnung der Verfassungsrevision. Jetzt werden die Führer suchen, das Gesicht zu retten. Bereits Freitag Nachmittag gingen in der Kammer Telegramme aus dem Revier Charleroi um, wonach einzelne Belegschaften die Arbeit wieder aufgenommen haben, und aus dem Mittelbecken liegen ähnliche Nachrichten vor.

Der Verband der Schriftsetzer in Brüssel hat beschlossen, den Ausnahmestille mitzumachen; er hält sich an seine Satzungen, die ihm unterzogen, sich mit Politik zu beschäftigen.

Vom Freitag wird der „Frankf. Ztg.“ aus Brüssel gemeldet: „Vorläufig sind Fälle von Wiederaufnahme der Arbeit noch vereinzelt, aber natürlich wird eine so gewaltige Streikbewegung sich nicht länger als noch einige Tage in solchem Umfange aufrechterhalten lassen.“ Aus Verviers sandten 25 000 Streikende ein Telegramm an den König, worin sie die sofortige Intervention erbitten.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat am Freitag die Fortsetzung des Generalstreiks beschlossen. Er fordert die Arbeiter auf, im Ausnahmestille zu verharren und nur absolut legal vorzugehen. Der „Vormärts“ vertritt die Ansicht, daß die Wahlrechtsgegner mit ihrer Spekulation, daß die Wasser sich doch noch verlaufen und das Ganze ausläuft, wie das Hornberger Schießen, sich gründlich verrechnen werden. „Der Generalstreik hat einen Umfang erlangt, daß seine Wirkung sich in kürzester Zeit auch für die besitzenden Klassen des Landes in der verheerendsten Weise geltend machen muß, und schließlich könnte der Hunger die Hunderttausende von Proletariern, statt sie zu ernähren und zur bebingungslosen Unterwerfung zu veranlassen, auch zum Aeußersten treiben.“ Weit mehr als auf den Erfolg des Ausnahmestills scheinen die Führer der belgischen Sozialdemokratie auf den König zu vertrauen.

In einer großen Versammlung im Volkshaus am Donnerstag Abend erklärte Vandervelde, daß die europäische Sozialdemokratie für die belgischen Arbeiter eintrete. Die englische Partei habe finanzielle Hilfe angefordert, die deutsche Sozialdemokratie durch Singer 10 000 Mk. gefandt. „Ein Wort dem internationalen Sozialismus!“ Auch im Lande regte sich die Opferwilligkeit. Eine arme Lehrerin sandte Öhringe und Trauringe. „Mit unbeschreiblicher Bewunderung blicke ich auf den Heidennumm von 300 000 Arbeitern, die auf Lohn verzichten und den Hunger erdulden, um das System zu beseitigen, das ein Attentat auf die Gerechtigkeit ist.“ Hierauf besprach der Redner die Stellung des Königs zur Sozialdemokratie. Falls aber der König, so schloß er, ein Gefangener der Clerikalen sein will, wird er zu denen gehören, die wir zermalmen. Von der Haltung des Königs werde das Urteil der Arbeiterklasse über die Nothwendigkeit der Republik abhängen. Im Augenblick, wo die Reaktionsären wählten, die Verfassungsreform begraben zu haben, erwarte sie eine bittere Enttäuschung: „Schwört auf die Leichen der gefallenen Opfer und angeheißt von Hunderttausenden Aufständischer, ohne Ruhe und Raß bis zur Eroberung des Stimmrechts fortzukämpfen!“

Auch am Freitag nach Ablehnung des Revisionsantrages in der Kammer gab Vandervelde in einer Versammlung im Volkshaus, nachdem er die Menge beschworen, auf den Wegen der Gesetzmäßigkeit zu verharren, seiner Hoffnung Ausdruck, daß der König intervenieren werde, um der Angst des Volkes ein Ende zu machen. Die Menge rief Todesrufe gegen Boche aus. Vandervelde begrüßte dann zwei deutsche sozialistische Abgeordnete, die der Versammlung beizuhöhen, nannte aber dabei keine Namen, da er ihre Ausweisung befürchtete. Er dankte ihnen für die Spende der deutschen Genossen von 10 000 Mk. Der König hat, sagte er, jetzt das letzte Wort, entweder ist er nur die Wetterfahne auf dem reaktionären Staatsgebäude oder ein Schiedsrichter der Parteien. Im letzteren Falle wären wir bereit, vorläufig auf unser republikanisches Ideal zu verzichten. Jetzt ist das Lösungswort „Ausnahmestille“!

Umfangreiche Maßnahmen gegen Unruhestörungen hat die Militärverwaltung getroffen. Alle Offiziere sind in den Kasernen aus dem Nachts konfigürt. Der Gouverneur der Provinz Brabant

schickte ein Rundschreiben an alle Bürgermeister, in dem ihnen das Ergehen strenger Maßregeln gegen die Störer der Arbeitsfreiheit zur Pflicht gemacht wird.

Politische Ueberzicht.

Südafrika. Ueber die Verhandlungen mit den Burenführern gab Valfour am Freitag im englischen Unterhause folgende Erklärung ab: Milner und Kitchener hatten mit den Buren-Delegirten auf deren Ersuchen zwei Konferenzen. Kitchener hat aus militärischen Gründen einen Waffenstillstand abgelehnt, jedoch eingewilligt, Gelegenheit zu gewähren, damit Vertreter der verschiedenen Buren-Commandos gewählt werden und zur Berathung der Lage zusammenkommen können. Die Burenführer haben zu diesem Zweck Pretoria verlassen. Es wird nicht erwartet, daß die Verbindungen mit ihnen in weniger als drei Wochen wieder aufgenommen werden können. — „Reuters Bureau“ meldet hierzu noch aus London, die Buren-Delegirten seien nicht auf Anregung von englischer Seite hin zu den Verhandlungen gekommen, sondern hätten lediglich aus eigenem Antriebe gehandelt, und die Ursache werde als Beweis für ihr aufrichtiges Bestreben angesehen, durch friedliche Verhandlungen zu einer entgeltlichen Regelung zu gelangen. — Vom Kriegsschauplatz meldet „Reuters Bureau“ aus Klerksdorp vom Mittwoch: Die aus dem Westen zurückkehrenden britischen Truppen formirten sich in einer 45 Meilen langen Linie über den von Vaalflus und von der Blaufaunstein am Schoonspruit gebildeten Winkel; sie säuberten das von diesen drei Seiten eingeschlossene Gebiet vom Feinde und nahmen dabei 64 Buren gefangen. — Ueber die finanzielle Lage in Transvaal äußerte sich der Schatzkanzler Hicks Beach am Dienstag im englischen Unterhaus: Nach sorgfältiger Prüfung hätten Chamberlain und Milner die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn die Eisenbahnen der Civil-Verwaltung überwiegen sein würden, die Einnahmen der Colonie im Laufe des mit dem 1. Juli beginnenden Finanzjahres zwischen 4 bis 5 Mill. Pfd. Sterl. betragen würden. Die Einnahmen dieses Jahres würden sicherlich die Summe von 1 200 000 Pfd. Sterl. erreichen, wenn die Annahmen Milners sich bestätigten; und diese würden sich sicherlich bestätigen, wenn die Friedenshoffnungen Wahrheit würden. Transvaal werde im Stande sein, nicht nur die Kosten der südafrikanischen Polizeitruppe zu zahlen, sondern auch die Zinsen der Schuld der alten Regierung, die Kosten der Civil-Verwaltung und die Zinsen der Eisenbahn-Obligationen. Die Regierung beabsichtige, den Einnahmen der Colonien einen Theil der Kriegsausgaben aufzuerlegen, wie ihn diese ohne Schädigung ihrer Entwicklung tragen können; es würde aber verfrüht sein, eine Summe als Maximum dieses Beitrages aufzustellen, er glaube jedoch, es würde möglich sein, nach Bedingung der Heftigkeit der bestimmte Einnahmequellen für den Dienst der während des Krieges aufgenommenen Anleihen zurückzustellen, und in wenigen Jahren werde die Zeit gekommen sein, auf diese Einnahmen die Zinsen des Kapitals von 30 Millionen zu übernehmen. Im Augenblick sei diese Zeit aber noch nicht gekommen, und man müsse auf eigenen Credit borgen.

Österreich-Ungarn. Die Frage der Verlängerung des Dreibunds ist am Sonnabend im ungarischen Abgeordnetenhause zum Gegenstande einer Interpellation durch den Abg. Wfontai gemacht worden. Die Interpellation fragt unter Anderm den Ministerpräsidenten, ob er geneigt sei, Aufklärung darüber zu geben, ob durch neue Bestimmungen nicht der defensive Charakter des Bündnisses modifizirt werden ist, namentlich in der Richtung, daß in Folge neuer mit Italien getroffener Bestimmungen die bisherige friedliche Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie auf dem Balkan nicht modifizirt wird? Wfontai wünscht weiter zu wissen: Durch welche Macht ist der Vertrag ge-

Der Kaiser in Hannover.

Der Kaiser, der Kronprinz und Prinz Heinrich sind Sonnabend Abend um 11 Uhr 20 Min. mit Gefolge in Hannover eingetroffen.

Der Kaiser begab sich am Sonntag Vormittag in Begleitung des Kronprinzen mit Gefolge zu Wagen vom Schloß nach der Garnisonkirche. Am Kirchenvorplatz empfingen General von Stünzner und die Geisteslichkeit den Kaiser. Um 10 1/2 Uhr begann der Gottesdienst, an dem die Generalität und die hier eingetroffenen Deputationen der Kavallerieregimenter teilnahmen. Die Predigt hielt Militär-oberfahrender Rocholl.

Nach dem Gottesdienst begab sich der Kaiser, in der Uniform des Königsulanen-Regiments, und der Kronprinz nach dem neuen Provinzial-Museum im Maschpark, welches unter Führung des Vorstehenden des Provinzial-Verschusses, Fürsten zu Inn- und Knipphausen und des Landesdirectors Vichtenberg besichtigt wurde.

Am 12 Uhr trafen der Kaiser und der Kronprinz mit Gefolge bei dem Denkmal des Generals der Kavallerie v. Rosenbergs ein. Dasselbe ist in der Nähe der Mannesfeste an dem Herrenhäuser Allee in Form eines Granitblocks mit dem Bronze-Medaillon v. Rosenbergs inmitten einer Gruppe von Kiefern und Jasminsträuchern errichtet. Der Schöpfer des Denkmals ist Bildhauer Kruse. Am Denkmal waren bereits versammelt zahlreiche actibe und ehemalige höhere Kavallerie-Offiziere, unter letzteren Minister v. Pöbbeckel, ferner Vertreter der bayerischen, sächsischen und württembergischen Kavallerie, die Generalität Hannovers, die Offizierscorps der Königsulanen und Jägersulanen, sowie Mitglieder der Familie v. Rosenbergs. Die Mannschaften des Regiments der Königsulanen und die Unteroffiziere der Reitschule bildeten am Festplatz zu Fuß Spalier. Generalleutnant Graf Waldersee und General von Stünzner empfingen den Kaiser, welcher unter den Klängen des Präsentiermarsches die Fronten abschritt. Se. Majestät begrüßte die Anwesenden und nahm unter dem Bahadurin Aufstellung. Graf Waldersee hielt alsdann eine Ansprache, in welcher er ausführte, an dem hier aufgestellten Denkmal sei die ganze deutsche Kavallerie theilhaftig, der Platz sei ein Geschenk des Kaisers. Die Stadt Hannover wolle dankenswerther Weise das Denkmal übernehmen. General v. Rosenbergs sei ein verblichener Reitergeneral gewesen; die Kavallerie verdanke ihm viel für ihre Entwicklung. Während die Hülle des Denkmals sei, prägen die Truppen; der Kaiser salutire. Er unterließ sich darauf bezieht mit den Anwesenden, besonders mit den Militärs der Familie v. Rosenbergs. Am Denkmal wurden zahlreiche Kränze niedergelegt, darunter einer „Von Wirtkämpfern und Kameraden aus großer Zeit“. Der Kaiser nahm hierauf den Paradehelm über das Königsulanen-Regiment, sowie über die übrigen Truppen der Garnison Hannover ab, welche in den Straßen Spalier gebildet hatten. Se. Majestät empfing nach beendeter Vorbereitungs militärische Redungen und verließ mit dem Kronprinzen unter Hurrufen des Publikums den Festplatz.

Um 1 Uhr nahmen der Kaiser und der Kronprinz an dem Festmahl der zur Rosenbergs-Fest hier versammelten Kavallerie-Offiziere in Kaisers Hotel theil. Zu demselben waren auch die Spitzen von Provinz und Stadt Hannover erschienen, im Ganzen waren 150 Personen anwesend. Feldmarschall Graf Waldersee brachte das Hoch auf den Kaiser aus. Redner sprach hierbei u. a. die Ueberzeugung aus, daß der Kavallerie trotz der Verwollkommnung der Feuerwaffen noch herrliche Tage bevorstehen können. Die Gelegenheit dazu werde mit Freuden ergriffen werden. Der Kaiser erwiderte mit folgendem Trinkspruch:

„Ich begrüße am heutigen Tage die gesammte Reiterei des Deutschen Heeres. Fürwahr, über das Grad des Generalis hians hat keine Beschäftigung eine so gewaltige, mögliche Ansehenskraft bewiesen, daß sie aus allen Ecken des Deutschen Reiches und den Contingenten unserer Verbündeten die Reiter zusammengezogen hat, so lange unsere deutsche Reiterei heut zum ersten Male eine einzige große geschlossene Masse hat zeigen können. Wer wollen uns eine Lehre aus dem heutigen Tage nehmen. Wie der General nur seine Dienste und nur seine Pflicht kannte, so mögen Sie es auch thun. Das höchste, was einem Offizier in seinem Dienste im Leben erlösigen kann, ist die eigene volle Beschäftigung in der Ausübung seiner Stelle. Wir können — zurückblickend über das Leben des Generals von Rosenbergs — ein Gedankentwurf schreiben, das für uns aber auch zu gleicher Zeit bis in alle Zukunft gelten soll: Ziel erkannt, die Kräfte gebündelt, das Ziel ausnahmslos für unsere Reiterei. So mögen wir auch aus dem heutigen einzigen Denkmal Sinnbild und Weisheit schöpfen. Aus mächtigen Grund ein Volk trägt die Ehre des Generals, in der Gegenwart — so mögen auch Sie das Bild des Mannes, welches Sie heute sehen, die Ehre des Mannes sein. In diesem Sinne erhebe ich mein Glas und trinke auf das Abwachen des Generals, die deutsche Reiterei und den hervorragendsten Vertreter derselben, den Generalleutnant Grafen von Waldersee, durch.“

Um 4 Uhr reisten der Kaiser und der Kronprinz

unter stürmischen Kundgebungen der Bevölkerung nach Berlin ab, wo sie um 8 Uhr eintrafen.

Provinz und Umgegend.

† Leuchtern, 16. April. Das Tausend Prestortstücke wird gegenwärtig mit 7,50 Mark angeboten. Im vorigen Sommer kostete dasselbe 8,75 und 9 Mark.

† Eisenach, 18. April. Der Kaiser wird in der Zeit vom 27. bis 29. April auf der Wartburg weilen. Der Großherzog trifft bereits am 20. April dort ein.

† Schmerkendorf (Kr. Liebenwerda), 18. April. Der Bremser Karl Emrich von hier hat auf der Fahrt zwischen Gollmitz und Kalau seinen Tod gefunden. Er gerieth unter die Räder eines Eisenbahnwagens, wobei ihm der Kopf glatt vom Kumpf getrennt wurde. Eine ziemliche Strecke von dem arg verkrüppelten Körper wurde der zernarbte Kopf gefunden. Die Persönlichkeit des Todten konnte nur durch die Kleider festgestellt werden.

† Blankenburg, 17. April. Verunglückt ist vorgestern auf einem Ritt der Batallionsadjutant Leutnant Wolfshügel. Auf der Straße Ziegenkopf-Hüttenrode scheute sein Pferd und stürzte; Leutnant Wolfshügel brach mehrere Rippen und erlitt eine schwere Hüftverstauchung. Mittels Wagens mußte er in das Garurfonlazareth überführt werden.

† Wernigerode, 18. April. Wegen Bigamie ist hier ein Arbeiter verhaftet worden. Er hat vor zwei Jahren in unserer Stadt geheiratet, obgleich er von seiner ersten in Elbfischlandens Frau, die er böswillig verlassen hat, nicht geschieden ist.

† Götzen, 18. April. Zur Reparatur der beim letzten Sturm erheblich beschädigten Erberlingischen Holländermühle war gestern früh der Mühlenbauer N. aus Zerbst hier eingetroffen. Gegen Abend fiel dem Mann ein etwa 30 Pfund schweres Eisenstück aus beträchtlicher Höhe auf den Kopf, so daß er besinnungslos zusammenbrach. In bedenklichem Zustande wurde der Schwerverletzte dem Kreisfrankenhaus zugeführt.

† Eisenach, 28. April. Als Wandschmuck für die Wartburg hat der Kaiser funfvoile Wandfächer gestiftet. Sie kommen neben der alten Schautische, im Raum, wo kein Kaiserbesuch der Kaiser eingenommen wird, zur Verwendung.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 22. April 1902.

Am Sonntag Nachmittag fand im Schützenhause zu Schafstädt eine recht gut besuchte Wähler-Versammlung statt. Natürlich bildete den Grundriß der Ausführungen des liberalen Kandidaten Herrn Fischer-Berlin die Zollvorlage und die Stellung der freisinnigen Partei zu derselben. Nebenbei kam der Redner auch auf die Ausführungen der konservativen „Eibinger Zeitung“ zu sprechen und bedauerte gleich dieser, daß die konservative Partei ihre alten Grundsätze immer mehr durch die extremen Forderungen des Bundes der Landwirthe zurückdrängen lasse, so daß man mit dem genannten konservativen Organ wohl annehmen könne, daß sie schließlich sich dem Bunde unterlegen werde. In Beantwortung der Frage „Wie stellt sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands dar?“ gab Redner einen Ueberblick über die Entwicklung Deutschlands vom Agrarstaat bis zur Grenze des IndustrieStaats. Er könne in dieser Entwicklung kein Uebel für die Landwirtschaft erblicken; wenn sie einem Uebel derselben gefählich werde, so könnten dies nur die großen Gütergesellschaften in so und so viele kleinere Bauerwirtschaften sein, so würde diese einer größeren Anzahl von Familien ein gutes Auskommen gewähren und gleichzeitig ein vorzügliches Kampfmittel bilden gegen den Einfluß der Sozialdemokratie, deren Kraft bisher noch nicht an dem Bauernlande gebrochen sei. Gegenüber dem Vorwurfe, die Freisinnigen seien keine Freunde der Landwirtschaft, sondern des Kapitals und der Industrie bemerkte Herr Fischer zu dem konservativen Theile der Versammlung gebandt: „Wir wollen das Wohl der Landwirtschaft ebenso treuen Herzens, wie Sie, nur sind wir über die Wege etwas anderer Ansicht wie Sie und vor allem sehen wir nicht das Heil der Landwirtschaft in der Zusammenfassung immer größerer Complexe in einer Hand, sondern in der ungezwungenen Entwicklung des bäuerlichen Grundbesitzes.“ Nachdem Redner durch den Hinweis auf den Aufschwung unserer ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Erhöhung der Arbeitslöhne die vorteilhafte Wirkung der Caprivischen Handelsvertragspolitik beleuchtet hatte, ging er zur näheren Besprechung des Zolltarifs über, von dessen Inkraft-

setzung eine schwere Belastung der großen Masse des Volkes zu befürchten sei und dessen von agrarischer Seite unermüßlich ersehnter weiterer Ausbau durch Erhöhung der einzelnen Positionen den Abschluß von Handelsverträgen unmöglich machen werde — ein Zustand, den die Agrarier vom Bunde der Landwirthe mit allen Mitteln erheben, um Deutschland in die tollsten Zollkriegsverwicklungen zu stürzen. Einer früheren Anregung Folge gebend, erklärte Redner, daß die freisinnige Partei grundsätzlich gegen die indirekte Besteuerung sei; so bequem diese Einnahmen für den Staat sich gestalten, so dürfe doch nicht verkannt werden, daß die Hauptlasten stets von der breiten Masse des Volkes getragen werden müßten. Auch die Reichsfinanzreform streifte der Redner und indirekt schließlich, daß der zukünftige Wahlkampf noch reichlich Gelegenheit geben werde, alle die Einzelfragen näher zu beleuchten. — Namens der sozialdemokratischen Partei sprach sodann Herr Mittag-Merseburg. Er wandte sich gegen die Befreiungen der konservativen Partei, gegen die Vertheuerung der Lebenshaltung durch die geplanten Zollerhöhungen und erklärte, daß nur durch Befreiung des Militarismus eine Besserung aller Verhältnisse geschaffen werden könne. Den Freisinnigen hielt er vor, daß sie durch die Zustimmung zu der Inaugurierung der Schutz-zollpolitik, wie sie sich in der Bewilligung des Budgets darstellte, ebenfalls schuld seien an der heutigen Entwicklung der Zollpolitik. Die Konservativen sprächen heute immer von Heimatspolitik; sie möchten solche treiben, indem sie die heimischen Arbeiter ordentlich bezahlen und nicht durch fremde Arbeiter Konkurrenz trieben. Was würde man zum Beispiel sagen, wenn die Sozialdemokraten zum Schutze der heimischen Arbeiter für jeden fremden Arbeiter einen Eingangszoll von 50 Mk. beantragten?! Unter tosendem Beifall bemerkte der sozialdemokratische Redner, was die stets so sehr betonte Kaiserfreude der Konservativen anbelange, so hätten diese davon im Landtage ein schönes Beispiel gegeben durch die Ablehnung des Umbaus des Homburger Bahnhofs, der, wie sie sehr wohl gewußt hätten, hauptsächlich im Interesse des Kaiserbaues gefordert worden war. — Herr Mühlporbt-Halle suchte nachzuweisen, daß die geplanten Zollsätze keine unbillige Vertheuerung der Lebenshaltung befürchten würden. Das billige Brot werde dem Arbeiter nichts helfen, wenn man nicht durch Bewilligung der Zollforderungen Arbeit für ihn schaffe. Heute bestrebe eine einseitige Bevorzugung der Export-Industrie, die zurückgehen müsse, wenn das Ausland selbst seine Industrie ausgebaut habe; die Landwirtschaft aber könne, wenn ihr jetzt geholfen werde, für alle Zeiten dem Arbeiter Verdienst und Unterhalt gewähren. Deshalb sollte man mit allen Mitteln danach streben, diese Leistungsfähigkeit zu erhalten. — Schließlich ergriß Herr Fischer nochmals das Wort, versicherte, daß auch die freisinnige Partei für die volle Coalition und Vereinsfreiheit eintrete, daß er auch dem nicht ganz Unrecht geben könne, wenn man den Militarismus als den Vater alles Uebels betrachte; eine Befreiung desselben sei aber unmöglich, wolle man nicht die ganze Zukunft des Vaterlandes auf das Spiel setzen. Bezüglich der Budgetbewilligung durch die Freisinnigen erinnerte er daran, daß in verschiedenen Bundesstaaten auch die Sozialdemokraten so vernünftig gewesen seien, das Budget zu bewilligen, trotzdem sie mit verschiedenen Regierungsmaßnahmen nicht einverstanden seien. Nach der wiederholten Versicherung des Herrn Fischer, daß er im Laufe des Wahlkampfes alle Einzelfragen eingehend vom Stande der freisinnigen Partei beleuchten werde, wurde die Versammlung gegen 6 Uhr geschlossen. — Am Abend vorher fand auch in Schefuditz eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher Herr Generalsecretär Fischer-Berlin eingehend über die jetzige politische Lage sprach. Er hält das Fortbestehen der f. Z. vom Grafen Caprivi abgeschlossenen Handelsverträge mit einigen selbstverständlichen Verbesserungen für wünschenswerth und nothwendig für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Augenblicklich hat sich nur in dieser Frage eine feststehende Lage im deutschen Reichstage herausgebildet. Es stehen nämlich die Konservativen re. der Bund der Landwirthe der Regierungsvorlage ebenso scharf gegenüber wie die linken Volksparteien. Während nun in den bisherigen 45 Commissions-Sitzungen der eine Theil immer noch mehr für sich herauszuschlagen versucht hat, ist die Linke bemüht gewesen, die vorgeschlagenen Zollsätze nach Möglichkeit herabzusetzen, dagegen ist leider das Centrum geneigt, die Regierungsvorlage zu bewilligen. Redner beleuchtete scharf die Wirkung der Zölle und wies an Beispielen und den Resultaten der Staatistik, daß nur der Großgrundbesitzer, nicht aber der kleinere Bauer von hohen Zöllen Nutzen hat. Soll nun aber der kleine Bauer und nicht der reiche Besitzer großer Gütercomplexe geschädigt werden, so ist die ganze neue Zollvorlage als gemeingefährlich anzusehen und es wächst sich unter solchen Umständen

Merseburger Correspondent.

Ercheint täglich
(mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:
Illustrirtes Sonntagsblatt, Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung
1 Mark 20 Pf. durch den Heroldsbäcker
1 Mark 50 Pf. durch die Post.

Nr. 93.

Dienstag den 22. April.

1902.

Auf die Serbellostigkeit der Agitation des Bundes der Landwirthe

wieft das Verhalten der agrarischen Wortführer bei den Verhandlungen der Zolltarifcommission über die Fischzölle ein so charakteristisches Licht, daß es sich verlohnt, das agrarische Doppelspiel nach einer dem „Greifsw. Tagebl.“ von wohlwollender Seite zugehenden Schilderung noch etwas schärfer unter die Lupe zu nehmen. Seiner Zeit bereite der Director des Bundes, Herr Dr. Diederich Hahn, die Kreise der deutschen Nordsee, theilweise auch der Ostsee, und suchte überall Propaganda für den Bund dadurch zu machen, daß er mit der ganzen Macht seiner Beredsamkeit, mit dem Brüllen der Ueberzeugung, mit dem tiefsten Mitleid für die arme Fischerbevölkerung, einen hohen Zoll auf sämtliche Seefische verlangte. Und wie er, so haben auch andere Bundesgrößen, Konervative und Antifeministen in den Fischerdörfern gethan, und wohl mancher Fischer hat auch geglaubt, diesen Herren seine Stimme geben zu müssen, da er mit dem Fischzoll besser stände, selbst dann, wenn das Brot und die sonstigen sämtlichen Lebensbedürfnisse durch höhere Zölle verteuert würden. Da ist es nun von nicht geringem Interesse, daß der Bund der Landwirthe in seiner Eingabe zum Zolltarif ausdrücklich Zollfreiheit für sämtliche Seefische beantragt, daß weder die Vertreter des Bundes, noch der Kommissar in der Commission auch nur ein Wort für einen Zoll auf Seefische einlegten, sondern übereinstimmend betonten, dem Volke dürfe dieses Nahrungsmittel nicht verteuert werden. Wo es sich um Süßwasserfische, namentlich um die von den Großgrundbesitzern gezogenen Karpfen handelt, da ist man gern bereit, dem Volke dieses Nahrungsmittel gründlich zu verteuern — da ist nur die Rücksicht auf den höheren Profit des Karpfenreichthümers ausschlaggebend. Der Abg. Gothein fernschickte in der Sitzung der Zolltarifcommission dieses Verfaßten der Bundeskammer damit, das es ihnen bei ihrer früheren Agitation für einen Schutz Zoll auf Seefische weniger auf den Fischfang als auf den Stimmentausch angekommen sei, und trat zur Förderung der feinfühler Seefischer energisch für weitere Ausdehnung der Ausnahmestruken für die Seefischer ein. Leider werden diese Prämien bisher ausschließlich der Hochseefischer gewährt, während es sehr wohl möglich wäre, damit auch die namentlich an der Ostsee thätigen Strandfischer in ihrem Betriebe zu fördern. Bei den nächsten Reichstagswahlen werden aber die Seefischer wissen, was sie von den hinterlistigen Verschwörern zu halten haben.

Die Unruhen in Belgien.

In Belgien hat am Freitag die Kammer den Antrag auf Revision der Verfassung mit 84 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Auf Grund der Neuwahlen vom Mai 1900 besteht die Kammer aus 86 Klerikalen, 32 Sozialisten und 34 Liberalen. Die Freunde der Verfassungsrevision sind also auf der einen Seite ebenso geschlossen auf dem Posten gewesen, wie auf der anderen Seite die Klerikalen Gegner. Der Ablehnung der Verfassungsrevision hat die Regierung den Schluss der Session nicht folgen lassen. Die Kammer ist auf einige Tage bis zum Dienstag vertagt worden.

In der „Köln. Ztg.“ wird das Ergebnis dieser Abstimmung in einem Brieflicher Telegramm dahin charakterisiert: Der allgemeine Eindruck ist der, daß die Sozialisten mit ihrer Erpressungspolitik diesmal vollständig gescheitert sind, im Gegensatz zu dem Ergebnis des 18. April 1893. Die Sozialisten haben zu früh losgeschlagen. Der Ausnahmestruk soll nicht der Ablehnung der Verfassungsrevision beginnen. Jetzt werden die Führer suchen, das Gesicht zu retten. Bereits Freitag Nachmittag gingen in der Kammer Telegramme aus dem Revier Charleroi ein, wonach einzelne Belegschaften die Arbeit wieder aufgenommen haben, und aus dem Mittelbecken liegen ähnliche Nachrichten vor.



eintrete. Die englische Partei habe finanzielle Hilfe angefordert, die deutsche Sozialdemokratie durch Singer 10 000 Mk. gefandt. „Ein Bisat dem internationalen Sozialismus!“ Auch im Lande rege sich die Dpferwilligkeit. Eine arme Lehrerin fandte Dpfringe und Trauring. „Mit unbeschreiblicher Bewunderung blicke ich auf den Heidenmuth von 300 000 Arbeitern, die auf Lohn verzichten und den Hunger erwdhlen, um das System zu fügen, das ein Attentat auf die Gerechtigkeit ist.“ Hierauf besprach der Redner die Stellung des Königs zur Sozialdemokratie. Falls aber der König, so schloß er, ein Gefangener der Klerikalen sein will, wird er zu denen gehören, die wir zermalmen. Von der Haltung des Königs werde das Urtheil der Arbeiterklasse über die Nothwendigkeit der Republik abhängen. Im Augenblick, wo die Reaktionen wdhnten, die Verfassungsreform begraben zu haben, erwarte sie eine bittere Enttäuschung: „Schwört auf die Leichen der gefallenen Dpfer und angehtis von Hunderttausenden Aufständischer, ohne Ruhe und Raß bis zur Eroberung des Stimmrechts fortzukämpfen!“

Auch am Freitag nach Ablehnung des Revisionsantrages in der Kammer gab Vandervelde in einer Versammlung im Volkshause, nachdem er die Menge beschworen, auf den Wegen der Gesetzmäßigkeit zu verharren, seiner Hoffnung Ausdruck, daß der König interveniren werde, um der Angst des Volkes ein Ende zu machen. Die Menge rief Todesrufe gegen Boeste aus. Vandervelde begrüßte dann zwei deutsche sozialistische Abgeordnete, die der Versammlung beiwohnten, nannte aber dabei keine Namen, da er ihre Ausweisung befürchtete. Er dankte ihnen für die Spende der deutschen Genossen von 10 000 Mk. Der König hat, sagte er, jetzt das letzte Wort, entweder ist er nur die Weiterfabrik auf dem reaktionären Staatsgebäude oder ein Schiedsrichter der Parteien. Im letzteren Falle wären wir bereit, vorläufig auf unser republikanisches Ideal zu verzichten. Jetzt ist das Lösungswort „Ausstand“!

Umfangreiche Maßnahmen gegen Unruhestörungen hat die Militärverwaltung getroffen. Alle Offiziere sind in den Kasernen auch des Nachts konstant. Der Gouverneur der Provinz Diabant

schickte ein Rundschreiben an alle Bürgermeister, in dem ihnen das Ergreifen strenger Maßnahmen gegen die Störer der Arbeitsfreiheit zur Pflicht gemacht wird.

Politische Uebersicht.

Südafrika. Ueber die Verhandlungen mit den Burenführern gab Valfour am Freitag im englischen Unterhause folgende Erklärung ab: Milner und Kitchener hatten mit den Buren-Delegirten auf deren Ersuchen zwei Konferenzen. Kitchener hat aus militärischen Gründen einen Waffenstillstand abgelehnt, jedoch eingewilligt, Oblegenheit zu gewähren, damit Vertreter der verschiedenen Buren-Commandos gewählt werden und zur Berathung der Lage zusammenkommen können. Die Burenführer haben zu diesem Zweck Pretoria verlassen. Es wird nicht erwartet, daß die Verbindungen mit ihnen in weniger als drei Wochen wieder aufgenommen werden können. — „Reuters Bureau“ meldet hierzu noch aus London, die Buren-Delegirten seien nicht auf Anregung von englischer Seite hin zu den Verhandlungen gekommen, sondern hätten lediglich aus eigenem Antriebe gehandelt, und die Thatsache werde als Beweis für ihr aufrichtiges Schreiben angesehen, durch friedliche Verhandlungen zu einer endgiltigen Regelung zu gelangen. — Vom Kriegsschauplatz meldet „Reuters Bureau“ aus Kerkdorp vom Mittwoch: Die aus dem Westen zurückkehrenden britischen Truppen formirten sich in einer 15 Meilen langen Linie quer über den vom Vaalflus und von der Boschaanlinie am Schoenepriest gebildeten Winkel; sie führten das von diesen drei Seiten eingeschlossene Gebiet vom Feinde und nahmen dabei 64 Buren gefangen. — Ueber die finanzielle Lage in Transvaal äußerte sich der Schatzkanzler Gids Brach am Dienstag im englischen Unterhaus: Nach sorgfältiger Prüfung hätten Chamberlain und Milner die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn die Eisenbahnen der Civil-Verwaltung überwiegen sein würden, die Einnahmen der Colonie im Laufe des mit dem 1. Juli beginnenden Finanzjahres zwischen 4 bis 5 Mill. Yfd. Stiel. betragen würden. Die Einnahmen dieses Jahres würden sicherlich die Summe von 1 200 000 Yfd. Stiel. erreichen, wenn die Annahmen Milners sich befähigen; und diese würden sich sicherlich befähigen, wenn die Friedenshoffnungen Wahrheit würden. Transvaal werde im Stande sein, nicht nur die Kosten der südafrikanischen Polizeitruppe zu zahlen, sondern auch die Zinsen der Schuld der alten Regierung, die Kosten der Civil-Verwaltung und die Zinsen der Eisenbahn-Obligationen. Die Regierung beabsichtige, den Einnahmen der Colonien einen Theil der Kriegsausgaben aufzuerlegen, wie ihn diese ohne Schädigung ihrer Entwicklung tragen können; es würde aber verfrüht sein, eine Summe als Maximum dieses Beitrages aufzustellen, er glaube jedoch, es würde möglich sein, nach Beendigung der Feindseligkeiten bestimmte Einnahmequellen in den Dienst der während des Krieges aufgenommenen Anleihen zurückzustellen, und in wenigen Jahren werde die Zeit gekommen sein, auf diese Einnahmen die Zinsen des Kapitals von 20 Millionen zu übernehmen. Im Augenblick sei diese Zeit aber noch nicht gekommen und man müsse auf eigenen Credit borzen.

Oesterreich-Ungarn. Die Frage der Verlängerung des Dreibunds ist am Sonnabend im ungarischen Abgeordnetenhause zum Gegenstande einer Interpellation durch den Abg. Wifontai gemacht worden. Die Interpellation fragt unter Anderem den Ministerpräsidenten, ob er geneigt sei, Aufklärung darüber zu geben, ob durch neue Bestimmungen nicht der defensiver Charakter des Bündnisses modifizirt worden ist, namentlich in der Richtung, daß in Folge neuer mit Italien getroffener Bestimmungen die bisherige friedliche Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie auf dem Balkan nicht modifizirt wird? Wifontai wünscht weiter zu wissen: Durch welche Maadt ist der Vertrag ge-